

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangobrief mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundbreite: die 20 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebote
40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 105

Dresden, Donnerstag den 7. Mai 1925

36. Jahrg.

Wahleinspruch gegen Hindenburg

Wie wir bereits mitteilten, hat die sozialdemokratische Parteileitung die nötigen Beweise dafür gesammelt, daß bei der Wahl am 26. April das Wahlgeheimnis nicht hinreichend gewahrt wurde. Die Sozialdemokratische Partei hat darum nunmehr offiziell Einspruch gegen die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl erhoben, mit der Begründung, daß in zahlreichen Fällen Wahlunregelmäßigkeiten vorgekommen seien, die in ihrer Gesamtheit geeignet seien, die vom Reichswahlprüfungsausschuß für den Kandidaten des Reichsblochs festgestellte relative Mehrheit von 904 151 Stimmen zu erschüttern. Dementsprechend wird beantragt, die Wahl Hindenburgs für ungültig zu erklären.

Das Wahlprüfungsgericht tritt am Freitag, dem 8. Mai, 11½ Uhr, zusammen. Es besteht aus den Abg. Spahn, Dittmann und Dr. Kahl sowie den Reichsgerichtsräten Kapuhn und Dr. Puff. Die Tatsache, daß die Verteidigung des neugewählten Reichspräsidenten bereits für den 12. Mai vorgesehen ist, wird in dem Protest als ein unzulässiger Druck auf das Wahlprüfungsgericht bezeichnet. Das ganze Prüfungsverfahren würde zur Fälschung herabgewürdigt, wenn das Prüfungsgericht diesem Druck nachgäbe.

Die Dinge liegen durchaus nicht so, daß die Gültigkeit der Wahl vom 26. April außer Zweifel stünde. Es kämen sich vielmehr, so erklärt der Protest, von Tag zu Tag die Mitteilungen über unzulässige, geschweige denn die Wahlbeeinflussungen, die in ihrer Gesamtheit sehr wohl zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen können.

Besonders aus den länderlichen Kreisen laufen fortgesetzt Meldungen ein über das Wiederauftauchen der skandalösen Wahlpraktiken, die vor dem Kriege oft zur Fälschung von Wahlen geführt haben.

und die in den ersten Jahren nach dem Kriege zunächst aus Furcht vor der Volkswahl nicht mehr gewagt wurden. Zahlreiche Beispiele werden angeführt, in denen die Vorschriften des § 76 der Reichswahlordnung verletzt sei, wonach die Wahlumhüllungen undurchsichtig sein müssen, um eine Kontrolle der Abstimmung zu verhindern. Diese Kontrolle soll vielfach von den Wahlvorstehern gelöst worden sein, so in den Kreisen Bremen, Magdeburg, Braunschweig, Thüringen, Obergarn, Dresden. Weiter, wo durch die Wahlumhüllungen verwendet worden seien, müsse die Wahl wiederholt werden.

Für den zweiten Wahlgang waren amtlich rote Stimmzettel vorgeschrieben. Trotzdem sind manderorts weiße Stimmzettel ausgestellt worden. Diese sind teils für gültig, teils für ungültig erklärt worden. Das Wahlprüfungsgericht soll generell aussprechen, ob weiße Stimmzettel, aus denen erkennbar war, daß sie für den 2. Wahlgang ausgestellt waren, gültig sind oder nicht. Das Gericht soll auch darüber beschließen, ob die Zurückweisung gültiger Wahlzettel im Zusammen-

hang mit den übrigen in diesem Protest aufgeführten Einwürfen gegen die Gültigkeit der Wahl das Gesamtergebnis entscheidend beeinflusst haben kann.

In sehr zahlreichen Fällen wurden die Bestimmungen über die Wahlzellen nicht innegehalten. Der Wahlprotest gibt dafür eine Reihe von Beispielen, so das folgende:

„In Werder bei Heddinghausen (Braunschweig) hat der Gemeindevorsteher, der zugleich Wahlleiter war, den Wählern schon vor dem Wahltag Stimmzettel ins Haus geschickt, auf denen der Name Hindenburg angekreuzt war. Am Wahltag war im Wahllokal keine Wahlzelle vorhanden. Die Wähler mußten ihre Stimmzettel auf dem Tisch des Wahlvorstands ankreuzen, so daß jeder sehen konnte, wen sie wählten. Der Wahlvorsteher wies bei der Ausgabe der Stimmzettel auf den Namen Hindenburg und sagte dem Wähler: „Den mußt du zeichnen, den habe ich auch gewählt.“ Als er auf das Geschworne dieses Verhaltens verwiesen wurde, entzückte er sich darüber und sagte, das sei das erste Mal in den 30 Jahren, in denen er Wahlvorsteher sei, daß er kontrolliert werde.“

Weiter werden schwere Verstöße von Amtspersonen aufgeführt. Aus dem Kreise Goslar, Regierungsbezirk Gumbinnen, wird das Original einer Gemeindevorsteherwahlurne übermittle, die der Gemeindevorsteher Herr in Fablinghagen, Post Windgallen, Amtsbezirk Dübeningken, öffentlich zum Aushang gebracht hat. Dieses originale Dokument lautet wörtlich:

„Die Jagdpächterträge liegen vom 21. April bis 7. Mai 1925 im Gemeindegeld für jeden Jagdgenossen zur Einsicht aus. Am 26. April findet die Reichspräsidentenwahl statt, da bitte ich jeden berechtigten Wähler, seine Stimme nur Hindenburg abzugeben, wer anders tut, macht unseiner Vaterland schaden.“

Der Wahlprotest erklärt, daß die bis jetzt bekanntgegebenen Verstöße nur einen Teil der tatsächlich erfolgten Unregelmäßigkeiten darstellen. Nebenfalls wird man der Forderung zustimmen müssen, daß eine objektive Prüfung der in dem Protest behaupteten Tatsachen erfolgt. Das Interesse an einer unbeeinträchtigten Wahl ist so überwiegend, daß die Nachprüfung auch dann mit aller Sorgfalt vorgenommen werden müßte, wenn das Gesamtergebnis dadurch nicht entscheidend beeinflusst würde.

Der Reichswahlprüfungsausschuß hat zwar in seiner Diensttagung Hindenburg als gewählt erklärt, aber man darf hoffen, daß auf Grund dieses Protestes das Wahlprüfungsgericht mit der Sache nicht so leicht umgeht. „Der reaktionäre Terror“, schreibt der Vorwärts, „geht nun auch schon wieder daran, das Wahlgeheimnis anzugreifen und die Wahlfreiheit zu gefährden. Wenn nicht einem Teil der Wähler verfassungsmäßige Wahlfreiheit verlorengehen, wenn nicht das Volk nach dem Ergebnis gefälschter Wahlen regiert werden soll, dann muß jeder Rückkehr zur „guten alten Zeit“ ein Riegel vorgeschoben werden. Keine Wahlen sind das erste Erfordernis für die so stürmisch geforderte „Reinigung des öffentlichen Lebens.“

Gegen die Erhöhung der Maimiete

Die sozialdemokratische Fraktionsminderheit hat im Landtage folgende Anfrage eingebracht:

„Trotz verhängenen usw. der Wahl des Reichspräsidenten veröffentlichten Erklärungen, daß die Miete für den Monat Mai nicht erhöht werden solle, hat die sächsische Regierung unmittelbar nach der Wahl des Reichspräsidenten die Miete um 5 Prozent zugunsten der Hausbesitzer erhöht.“

Was hat die sächsische Regierung veranlaßt, diese 5 Prozent lediglich den Hausbesitzern zugute kommen zu lassen? Bei der Behandlung dieser Anfrage im Landtage wird der Regierung hoffentlich gesagt werden, wie wenig Anlaß bestand, den Hausbesitzern weitere Geschenke zu machen, und daß die Vertreter der Mieteempfänger sich nicht so ohne weiteres bei der Befreiung der Mieten ausschalten lassen!

Diese Anfrage ist dringend notwendig. Bisher hat die Regierung noch keine genügende Aufklärung über die Gründe gegeben, mit denen sie diese Mieterhöhung rechtfertigen will. Alle Angelegenheiten deuten darauf hin, daß der Vorschlag zu dieser Mieterhöhung nicht von den Stellen ausgegangen ist, denen die Erledigung der Wohnungsangelegenheiten obliegt, denn das Landeswohnungsamt hat noch vor einiger Zeit erklärt, daß eine Mieterhöhung für Mai nicht beabsichtigt ist. Die Stelle, die am ehesten in der Lage ist, die Dinge zu beurteilen, scheint also der Meinung gewesen zu sein, daß eine Mieterhöhung für Mai nicht notwendig ist. Offenbar ist hier das Landeswohnungsamt selbst vor vollendete Tatsachen gestellt worden, sonst wären nicht erst im letzten Augenblick, nachdem die Mieterhöhung schon feststand, die Vertreter der Mieter und Hausbesitzer geladen worden. Wir haben es hier mit einem unumkehrbaren Vorgang zu tun. Die Vorschriften, die ein Ansehen der Interessentengruppen vor der Beschlußfassung über die Mieterhöhung vorschreiben, sind nicht beachtet worden. Nur zum Schein hat man schließlich noch die Mietervertreter gehört und ihnen damit eine geradezu lächerliche Rolle zugemutet.

Die Hausagrarier und ihre Freunde in den bürgerlichen Parteien haben offenbar, nachdem sie ihr Ziel beim Landeswohnungsamt nicht erreicht hatten, sich hinter andere Stellen gestellt und dann auf dem Wege über das nur allzu willfährige Kabinett die Mieterhöhungen durchgedrückt.

Wenn man schon glaubt, den Mietern eine erhöhte Belastung zumuten zu können, so wäre es zweckmäßig gewesen, die Miete in Höhe von 5 Prozent zu erhöhen und diese 5 Prozent dem Wohnungsbau zuzuführen. Aber es scheint, als ob auch ein

Teil unserer Minister für die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Wohnungsmiet nicht das genügende Verständnis hat. Nicht bestritten soll werden, daß es möglicherweise Einzelfälle gibt, wo größere Instandsetzungsarbeiten notwendig sind und die jetzigen Mieten dazu nicht ausreichen. Hier hätte man helfen können, indem man aus dem Betrag der Mietzinssteuer für Hausbesitzer größere Beträge zur Verfügung stellte, aber durch die allgemeine Mieterhöhung wird einem großen Teil der Hausbesitzer auf Kosten der Mieter ein durch nichts gerechtfertigtes Geschenk gemacht. Die Erhöhungen der gemeinnützigen Sondereinrichtungen zeigen, daß die bisherigen Mieten durchaus ausreichend waren, um im allgemeinen die Kosten des Hausbesitzers zu decken. Bei einem Teil der Hausbesitzer müssen jetzt schon wieder erhebliche Kassen vorhanden sein. Besonders bei denjenigen Häusern, in denen sich hochpreisige Läden und andre Geschäftsräume befinden, stehen den Hausbesitzern erhebliche Einnahmen zu, denen keine Ausgaben in entsprechender Höhe gegenüberstehen. Da die Hausbesitzer ihre Hypotheken zum größten Teil in entwertetem Gelde zurückgezahlt haben, dürfen viele heute schon mehr aus ihren Grundstücken herausziehen als vor dem Kriege und sich in einer viel besseren Lage befinden als die Hypothekengläubiger, deren Besitz höchstens auf 15 Prozent ausgewertet wird.

Wer die Frage damit erledigen will, daß er behauptet, die höheren Mieten seien tragbar, beweist damit, daß ihm jedes Verständnis für die Notlage der Massen fehlt. Jeder Pfennig, der mehr an Miete gezahlt wird, bedeutet für den Arbeiter, Tagelöhner und kleinen Beamten die Notwendigkeit, die Erfüllung anderer lebenswichtiger Bedürfnisse in der schlimmsten Weise zu beschränken. Sollte unsere Regierung wirklich nicht bemerkt sein, daß die große Masse der Mieter ein Einkommen hat, das nicht hin und nicht her reicht?

Die Hausagrarier sind die geliebten Hühnerkinder eines Teiles der bürgerlichen Parteien. Man sieht in ihnen eine Schutztruppe für die Reaktion, man glaubt, sie bei Wahlen als Stimmvieh für die reaktionären Parteien nur allzu gut gebrauchen zu können. Deshalb ist es begreiflich, daß diese Parteien so gern bereit sind, die Wünsche der Hausagrarier zu erfüllen. Unbegreiflich aber ist es uns, wie sich eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung dazu hergeben konnte, auf Kosten der arbeitenden Massen, dem Hausbesitz ein so großes Geschenk zu machen.

Politik des Bluffs

Kommunistische Angebote und offene Briefe

Der Transportarbeiter Thälmann hat es geschafft. Auf seinem Rücken zieht die „alte Erzellenz“ in der nächsten Woche in das Präsidentenpalais ein. Jeder Arbeiter weiß, daß allein der Verrat, der Eigensinn der Kommunisten diesen Sieg der Reaktion ermöglicht hat. Ja, noch mehr: jeder weiß, daß jahrelang kommunistische Taktik bewußt darauf hingearbeitet hat, die Reaktion in Europa zu stärken, weil davon allein Kladderadatsch und Zusammenbruch in Europa zu erwarten war. Wenn der Stern der Weltrevolution sich neigte, konnte nur der Kampf aller gegen alle, den der Sieg der Reaktion auslöste, ihn wieder zum Zenith führen.

In Moskau waren Ende März und Anfang April die Delegierten der westeuropäischen kommunistischen Parteien zusammen. Ruth Fischer unter ihnen — wie immer — die eifrigste Ruferin zum Kampf gegen die Sozialdemokratie und im Kampf gegen jede Stimme der Vernunft in den eigenen kommunistischen Reihen. Da kommen die Nachrichten über die erste Präsidentenwahl in Deutschland. Die Niederlage der SPD vom Dezember hat sich in eine Katastrophe verwandelt. Auf die Hälfte ist das Meer der kommunistischen Klassenkämpfer in einem Jahre zusammengeschrumpft. Die Rückwirkung bleibt auch in Moskau nicht aus. Unter dem frischen Eindruck der deutschen Wahlsiegerin hält Sinowjew in der Exekutivkommission seine bekannte Rede, die bis heute die kommunistische Presse ihren Lesern noch nicht mitgeteilt hat.

Sinowjews Rede war bereits deutlich. Moskau sieht endlich die Gefahr. Nicht die Gefahr, die deutschen Arbeiter droht, sondern selbstverständlich die Gefahr, die ihm droht. Und Sinowjew geht infolgedessen weiter. Telegramme zwischen Moskau und Berlin gehen hin und her. Der SPD-Zentrale wird nahegelegt, die aussichtslose Kandidatur Thälmann zurückzugeben und mit der Sozialdemokratie in Verhandlungen einzutreten. Selbstverständlich lehnt das die deutsche Zentrale ab. Wie könnte sie auch mit der Sozialdemokratie verhandeln, die sie jahrelang mit Dreck betrorfen und als schlimmer als die Reaktion hingestellt hat. Die kommunistische Presse denkt nicht daran, auch nur mit einer Zeile anzudeuten, daß solche Verhandlungen zwischen Moskau und Berlin stattfinden. Sie hält den alten Kurs und füllt ihre Spalten mit dem üblichen öden Geschwafel auf die Sozialdemokratie. Eine Woche vor dem zweiten Wahlgang deckt der Vorwärts die Differenzen unter den Kommunisten auf. Er veröffentlicht die Rede Sinowjews und teilt den Vorschlag der Exekutive mit, die Thälmann-Kandidatur zurückzugeben. Die kommunistischen Führer unterliegen die Rede und leugnen den Vorschlag. Freilich das Ablehnen war so schwach, daß jeder den Schwindel merkte.

Mit Entsetzen haben die Kommunisten, daß dank ihrer Taktik Hindenburg doch gewählt wurde. Sie hatten sich schon darauf verlassen, daß der Sieg des Republikaners Marx sicher sein würde — dann konnte der alte stummsinnige Trotzk fortgesetzt werden. Was aber tun angesichts des Sieges Hindenburgs? Guter Rat war teuer. Waren sie nicht für den Sieg Hindenburgs jedem deutschen Arbeiter verantwortlich? Konnten sie ein Wort der Erwidern finden, wenn ihre Schuld am Siege der Reaktion ihnen überall vorgelhalten wurde? Zeigte das Wahlergebnis nicht, wie die SPD in allen Industriezentren weiter abbröckelte? Mit Entsetzen mußten die glorreichen Strategen des kommunistischen Vorkurses sehen, wie sie die SPD und sich selber von Niederlage zu Niederlage geführt haben.

So rissen sie das Steuer herum. Und jetzt vergeht kein Tag, an dem nicht die rote Fahne und nach ihrem Vorbild die ganze kommunistische Presse sich in Angeboten und Anbiederungsversuchen an die Adresse der Sozialdemokratie förmlich überhäuft. Sie haben Hindenburg zum Siege verholfen, jetzt wollen sie beim Kampf gegen Hindenburg behilflich sein.

Mit einem „Offenen Brief“ sind es an. Zwei Spalten der roten Fahne füllte er, und Ruth Fischer, die vor dem Wahlgang auf alle Anpassungen so klavierspielerisch gewesen war, lieferte ex cathedra den Kommentar. Hindenburg hat gesiegt, lieber ADOLPH, liebe Brüder von der SPD, heißt uns Hindenburg schlagen, den wir soeben auf den Thron gesetzt! Am nächsten Tage geht es weiter. Es erscheint der fällige Aufruf der Moskauer Exekutive „An die Arbeiter aller Länder!“ Sie bestätigt offiziell ihren Auftrag an die deutsche SPD-Zentrale, mit der Sozialdemokratie zu verhandeln. In Preußen rückt der kommunistischen Landtagsfraktion das Herz in die Hosen. Sie weiß, daß die Auflösung ihre Desamierung bedeutet. Promot wird der Versuch zur Sicherung der heillosen Mandate gemacht und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein „Angebot“ auf Unterstützung der Regierung Braun vorgelegt. Niemand kümmert sich um die kommunistischen Parteiführer. Jetzt sehen sie sich genötigt, mit größerem Akkord zu schreien. Heierlich mit Insignel und Unterschrift aller kommunistischen Parteinstanzen wird das „Angebot“ mit allen möglichen und unmöglichen Bedingungen wiederholt und auf das ganze Reich ausgebreitet. Jetzt ist die SPD, sogar bereit, eine Reichsregierung der Weimarer Koalition zu